

Inserate
werden angenommen
in Posen bei der Expedition
der Zeitung, Wilhelmstr. 17,
Gul. Ad. Schlegel, Kofflieferant,
Gr. Gerber- u. Breiterstr.-Ecke,
Otto Rieckhoff, in Firma
J. Neumann, Wilhelmplatz 8.
Verantwortliche Redakteure:
für den innerpolitischen Theil:
F. Hachfeld, für den übrigen
redaktionellen Theil: E. R.
Liebscher, beide in Posen

Mittag-Ausgabe.

Posener Zeitung

Hundertster

Jahrgang.

Inserate
werden angenommen
in den Städten der Provinz
Posen bei unseren
Agenturen, ferner bei den
Annoncen-Expeditionen
Hud. Hoffe, Haasenstein & Vogler & Co.
G. L. Paube & Co., Invalidentank.
Verantwortlich für den
Inseratenteil:
J. Klugkist in Posen.
Fernsprecher: Nr. 102.

Nr. 867

Montag, 11. Dezember.

1893

Deutscher Reichstag.

16. Sitzung vom 9. Dezember, 2 Uhr.

(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Der schleunige Antrag Liebermann von Sonnenberg wegen Aufhebung der gegen die Abgeordneten Leuk und Dr. König schwebenden Strafverfahren wird angenommen. Es folgt die Beratung des Antrages Michbichler (Centr.) und Gen.: „1. die verbündeten Regierungen zu ersuchen, mit Rücksicht auf außerhalb in den betheiligten Kreisen bestehende schweren Klagen über das Gesetz, betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung, Erhebungen zu veranstalten, inwiefern eine Abänderung dieses Gesetzes insbesondere in Bezug auf Ausdehnung und Organisation der Versicherung erforderlich erscheint, und auf Grund dieser Erhebungen thunlichst bald dem Reichstage einen bezüglichen Gesetzesentwurf vorzulegen; 2. der Erwartung Ausdruck zu geben, daß die seitens der verbündeten Regierungen in Aussicht gestellte Novelle zu den Unfallversicherungsgesetzen möglichst noch in dieser Session dem Reichstage zugehe.“

In Verbindung damit wird der konservative Antrag v. Staudy beraten, welcher die Beseitigung der Mißstände verlangt, die aus dem beim Invaliditätsversicherungsgesetz vorgeschriebenen Markensystem entstehen.

Das Wort zur Begründung des Centrumsantrags nimmt Abg. Michbichler (Centr.): Die weitesten Schichten der Bevölkerung empfinden eine große Unzufriedenheit mit dem Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetz, namentlich wegen der großen finanziellen Belastung, die es mit sich bringt. Insbesondere zeigte sich die Unzufriedenheit bei der landwirtschaftlichen Bevölkerung. Der Bauer kann die Lasten kaum tragen. Auch das Unfallversicherungsgesetz ist der landwirtschaftlichen Bevölkerung beschwerlich, die dadurch entstehende finanzielle Belastung wird um so drückender, als hier das Deckungsverfahren angewendet wird. Zu der finanziellen Belastung kommen die Beschwerden über die bürokratische Organisation des Gesetzes. Die Organisation müßte vereinfacht werden, etwa in dem Sinne, daß bei der Invaliditätsversicherung anstatt der wöchentlichen Entlohnung von Marken Vierteljahrsmarken eingeführt werden. Man hat bei Vorlegung des Gesetzes den großen Fehler gemacht, die Versicherung auf eine zu große Anzahl von Arbeitern auszuweiten, und gegen diese Ausdehnung hat sich ja auch i. B. der Widerstand des Centrums hauptsächlich gewandt. Wegen einer Einschränkung des Kreises des Versicherungspflichtigen werden auch die Arbeiter sich nicht erklären. Wir bitten die Regierung auch, die lang versprochene Novelle zum Unfallversicherungsgesetz einzubringen. Es müßte die Bestimmung, wonach die Berufsgenossenschaft mit dem Augenblicke ihrer Entstehung zu gewähren hat, in dem die Krankenkassen ihre Tätigkeit beendigt haben. Ferner wäre eine einheitliche Regelung der Rentengewährung wünschenswert. Um alle Wünsche der Bevölkerung kennen zu lernen, wäre die Veranstaltung einer Enquete über diese Fragen sehr angebracht. Unser Antrag ist der weitergehende, er will viel mehr Mißstände beseitigen als der konservative, und ich bitte daher, unseren Antrag anzunehmen. (Beifall im Centrum.)

Abg. v. Staudy (Dt.): Es hat sich bei Erlass des Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetzes um eine geistige Arbeit allerersten Ranges gehandelt. Aber es wurde dabei allgemein anerkannt, daß es sich um einen Sprung ins Dunkle handelte. Ueber die Zweckmäßigkeit der ganzen Organisation herrscht ja verschiedene Meinungen, und darum nehmen wir in unserem Antrage nur auf den einen Punkt Bezug, der außerhalb der Unzufriedenheit erregt hat. Die eminente sozialpolitische Bedeutung des Gesetzes erkennt man an, die Unzufriedenheit richtet sich nur gegen die Konstruktion, als deren wesentlichster Bestandteil das Markensystem gilt. Eine Vereinfachung derselben würde deshalb den größten Teil der Unzufriedenheit beseitigen. Wir haben es für erprobter gehalten, zunächst einen Punkt herauszunehmen anstatt einen so allgemeinen Antrag wie die Centrumspartei zu stellen. Die Zahl der bei der Invaliditätsversicherung beschäftigten Beamten ist eine ungewöhnlich hohe, und die Verwaltungskosten betrugen im letzten Jahre 4 600 000 Mark, also übersteigen die gewährten Renten um 33 1/2 Prozent. Dazu kommen die per sönlichen Ausgaben, welche Arbeitgeber und Arbeitern durch die Versicherung erwachsen, und diese sind mindestens ebenso hoch wie die amtlichen Verwaltungskosten. Der kleine Mann kann sich in die schwerfälligen und verwinkelten Vorschriften dieses Gesetzes nicht so leicht hineinfinden, besonders nicht in die richtige Handhabung des Einkommens und der Entwertung der Marken. Das führt dann Fehler und Selbstverständlichkeiten auch Strafen herbei. Selbstverständlich wächst dann die Unzufriedenheit dieser kleinen Leute. Allerdings würde durch Beseitigung des Markensystems ein gewaltiger Einbruch in den ganzen Organismus geschehen. In den 31 Versicherungsanstalten sind 151 Millionen Mark an Vermögen aufgesammelt. In einer Zeit wirtschaftlicher Depression wirkt es schädlich, wenn man eine so große Summe dem Verkehr entzieht. Die Beitragshöhe ist mechanisch festgesetzt, es ist nicht der Werth des Produkts und die Zahl der in einem Betriebe beschäftigten Arbeiter berücksichtigt. Der Landwirth im Osten z. B. braucht um ein Drittel Arbeiter mehr als der im Westen, während das Produkt des letzteren einen höheren Werth hat, und doch muß der Landmann im Osten eben so viel für die Invaliditätsversicherung zahlen, als der im Westen. Die Beiträge charakterisiren sich für den Osten als eine neue Grundsteuer. Die ärmsten Gegenden werden am meisten belastet. Wir haben nicht positive Vorschläge zur Beseitigung dieser Uebelstände gebracht, das können und sollen nur die verbündeten Regierungen thun. Wird eine Aenderung des Gesetzes vorgenommen, so sollte das Umlageverfahren eingeführt werden (Rufe links: Wie aber?), aber es sollte dabei auch nach den Grundsätzen der Gleichberechtigung, der Leistungsfähigkeit verfahren werden. Der Nachweis der Rente ist jetzt zu schwierig, man sollte einfach, anstatt den Nachweis zu fordern, ausdrückliche Bestimmungen setzen, in welchen

Fällen die Rente nicht zu gewähren ist, also z. B. bei Verbüßung einer längeren Freiheitsstrafe. Es ist besser, daß einmal eine Rente umsonst gewährt wird, als daß solche Belästigungen entstehen. Ich bitte, den Centrumsantrag sowie den unsrigen anzunehmen. (Beifall rechts.)

Staatssekretär v. Bötticher: Wenn das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz auch nicht so gerathen ist, wie es allseitig gewünscht wurde, so läßt sich doch manches zu seinen Gunsten sagen, und auch das öffentliche Urtheil ist nicht so ungetheilt ungünstig, wie die Vorredner es dargestellt haben. Wir sind bereit, die Mängel, die wir an dem Gesetz entdecken, unter Ihrer Mitwirkung abzustellen. Den Ausführungen der Vorredner und auch der Beurtheilung, die im Lande dem Gesetze zu Theil geworden ist, liegen doch manche Mißverständnisse und mangelnde Kenntnisse des Gesetzes zu Grunde. Das Gesetz war allerdings ein Sprung ins Dunkle, weil wir kein Vorbild und keinen Anhalt hatten; wir mußten auf einem vollständig fremden Gebiete, einer terra incognita, einen Weg suchen. Ich gebe zu, daß in vielen Kreisen Mißstimmung gegen das Gesetz besteht. In anderen besteht sie aber nicht, und zwar deswegen, weil man es dort verstanden hat, die Hilfsmittel, welche das Gesetz selbst an die Hand gibt, um Unbequemlichkeiten zu vermeiden, ausgiebiger zu gebrauchen. In Sachsen, Baden, Württemberg, in verschiedenen Distrikten Preußens, beispielsweise in der Stadt Hildesheim, besteht nicht eine Spur von Klage. Weil man von der Befugniß Gebrauch gemacht hat, das Markenwesen den Arbeitgebern abzunehmen und in die Hände der Krankenkassen, der Gemeinden resp. der von den Versicherungsanstalten bestellten Organe zu legen. In den großen ländlichen Gutsbezirken ist es allerdings gleich, ob der Gutsherr als Gutsherr oder als Gutsobrigkeit steht. So oft und so eingehend wir auch erwogen haben, wie sich die als besonders empfindlich dargestellten Mißstände vermeiden lassen, so wenig bin ich durch Ihre Ausführungen darüber aufgeklärt, was man bessern kann. Der radikale Vorschlag des Abg. v. Staudy führt zu einer Beseitigung des Markensystems. Dann kämen wir aber zu einem ganz anderen Prinzip als das ist, von dem wir bei Gestaltung des Gesetzes ausgingen. Damals war man übereinstimmend der Meinung, die Invaliden- und Altersrente darf niemals einen Charakter der Prämie auf die Faulheit erhalten. Es ist sozialpolitisch und moralisch von der allergrößten Wichtigkeit, daß man die Rente steilen läßt nach Maßgabe der Leistungen des Rentenempfängers. Wenn sich der Reichstag zum Verlassen dieses Grundsatzes entschließen würde, dann ist die Sicherstellung einer Alters- und Invaliditätsrente nichts weiter als eine Armenfürsorge. Dann haben wir das Geschäft weit bequemer, wenn wir einfach nach sozialdemokratischem Rezept den Staat verpflichten, jedem Hilfsbedürftigen eine Rente zu geben. Das würde aber kolossale Summen erfordern. Bei dem Umlageverfahren wird man die Marken auch nicht los. Die Reklame von dem Umlageverfahren ist die durch dasselbe herbeigeführte Belastung; das Brämienverfahren hat erfordert einen Jahresbedarf von 120 Millionen, bei dem Umlageverfahren steigt das Soll, dessen, was aufzubringen ist von 7 600 000 Mark im ersten Jahre bis 158 Millionen mit Eintritt des Beharrungszustandes. Ich habe weder in der Literatur, noch in den Diskussionen hier einen Vorschlag gefunden, der ohne Verlassen der Grundsätze des Gesetzes bequemer und gangbarer wäre. Wenn man sich andererseits vergegenwärtigt, daß man in vielen Beziehungen z. B. wenn man die ständigen Arbeiter bezüglich der Markenverwendung behandelt wie die unfähigen, einige Erleichterungen für Arbeiter und Arbeitgeber einführen kann, so glaube ich, wird man in der Hauptsache dazu kommen, daß die Prinzipien beibehalten sind und nur im einzelnen Korrekturen eintreten. Bezüglich der angeblich großen Belastung der Gemeinden weiß ich nicht, worin sie bestehen soll. Ich kann zugeben, daß eine Geschäftsbelastung der Gemeindeverbände eintreten kann, aber die Gemeinden als solche sind in keiner Weise belastet. Was die Höhe der Verwaltungskosten betrifft, so sind sie bei Weitem zurückgeblieben hinter der Annahme bei Erlass des Gesetzes. Nach der mir vorliegenden Nachweisung beträgt die Belastung durch Verwaltungskosten pro Kopf der Bevölkerung nur 40 Pf. Rechnet man die Verwaltungskosten im Verhältnis zu den Prämien — im Verhältnis zu den Renten kann ich sie nicht sehen, denn das giebt ein falsches Bild, da die Renten naturgemäß steigen — so kommt nur eine Belastung von 4,17 Proz. heraus. Wenn man damit in Vergleich zieht die Verwaltung der Lebensversicherungsanstalten, so findet man, wie auffallend gering die Kosten der Invaliditätsversicherung vorliegen. Bei Vermessung der Beitragsätze haben wir sehr vorsichtig gerechnet, und ich würde nicht rathen, an den Brämienätzen zu ändern, bevor nicht eine längere Erfahrung vorliegt. Es empfiehlt sich auch, nicht kleinere Verbände herzustellen, denn je größer der Kreis der Versicherten, desto günstiger stellt sich die Belastung für den einzelnen. Daß die Zahl der Beamten keine so außerordentlich große ist, beweist ein Vergleich mit privaten Instituten. Der preussische Beamtenverein hat 20 Beamte auf 25 000 Mitglieder, bei der Invaliditätsversicherung kommt ein Beamter auf 11 000 Versicherte. Die zwangswelke Versicherung aufzugeben und zu der freiwilligen Versicherung überzugeben, würde ein Verlassen des Grundgedankens des Gesetzes bedeuten; über diesen Grundgedanken war man aber 1889 einig, man war nur einig über den Kreis der zu Versicherten. Gelegentlich zur freiwilligen Versicherung gab und giebt es genug, man wollte die obligatorische Versicherung einführen, um die Arbeiter von der Armenpflege zu befreien. Die Regierung wird die heute gemachten Bemerkungen prüfen, aber vor allen Dingen muß man sich die Frage vorlegen, ob man wirklich ohne Verlassen der Grundlagen des Gesetzes zu einem anderen System übergehen kann. Was die Unfallversicherung betrifft, so liegt der Theil des Gesetzes, der sich auf die Erweiterung der Unfallversicherung auf die bisher davon noch nicht erfassten Kreise bezieht, vollständig fertig vor. Der zweite Theil des Gesetzes, welcher sich damit beschäftigt, die Mängel der bisherigen Gesetzgebung zu beseitigen, ist ebenfalls fertig, es schweben nur augenblicklich noch Korrespondenzen mit einzelnen Stellen. Es ist alle Aussicht vorhanden, daß diesem Reichstage noch die beiden Gesetzesentwürfe vorgelegt werden. Ich stelle anheim, ob Sie den Antrag Staudy annehmen wollen; der

Antrag Michbichler stellt eine Enquete über das Invaliditätsversicherungsgesetz an. Erhebungen veranstalten kann man bloß über Thatsachen, hier handelt es sich aber um Urtheile, es soll nach Ansicht des Antragstellers in eine Erörterung darüber eingetreten werden, inwiefern eine Aenderung der Organisation herbeizuführen ist. Das Material, worüber man auf diesem Gebiete Erhebungen veranstalten kann, hat die Regierung in reichem Maße, und sie wendet etwaigen Uebelständen ihre volle Aufmerksamkeit zu.

Bayerischer Bevollmächtigter Geh. Rath v. Landmann: Die Verwaltungskosten der Versicherungsanstalten sind in Bayern verhältnismäßig niedrig, weil diese Anstalten angeschlossen worden sind an die Provinzialbehörden; es ist seiner Zeit einem diesem Verfahren entsprechenden Wunsche Bayerns Rechnung getragen worden. Darum bin ich gerade erstaunt, daß ein bayerischer Abgeordneter eine Aenderung der Organisation wünscht. Bei berufsgenossenschaftlicher Organisation würden die Klagen noch größer sein. Herr Michbichler scheint lediglich an einer Ausdehnung der landwirtschaftlichen Bevölkerung zu liegen. Vor Einbringung des Gesetzes haben über diese Frage Beratungen stattgefunden. Ob man aber, nachdem das Gesetz einmal in Kraft ist, diese Bestimmungen aufgeben soll, ist doch eine andere Frage.

Abg. Dr. Sigl (h. l. R.): Das Invaliditätsversicherungsgesetz ist in Bayern nicht besteht und wird bei uns das „Wappergesetz“ genannt. Der Staatssekretär hat gesagt, wir sollten an die Zukunft denken. Ich denke auch an die Zukunft, ob nämlich dann die ungeheuren Kosten auch werden aufgebracht werden können. Der Antrag des Centrums ist wohl von einem bayerischen Abgeordneten ausgegangen, aber die preussischen Kreise des Centrums haben ihn verworfen (Heiterkeit). Das Gesetz muß fallen in der gegenwärtigen Form, zum mindesten aber in der Richtung abgeändert werden, daß die landwirtschaftliche Bevölkerung von der Versicherungspflicht ausgenommen wird, das ist die Meinung der Welt in Bayern und speziell meiner Welt. Weder die Arbeitgeber noch die Arbeitnehmer haben einen Vortheil davon. Daß die Arbeiter gezwungen werden sollen, selbst für ihr Alter zu sorgen, dürfte auf die landwirtschaftlichen Arbeiter nicht Anwendung finden. Wie steht es mit den italienischen Arbeitern? Sie müssen auch bezahlen, aber werden schwerlich ihr Alter bei uns verleben. Die Millionen, die den Arbeitern und Arbeitgebern entzogen und in den Staatskassen aufgehäuft werden, helfen den Arbeitern sehr wenig. Das Gesetz hat bei den Wahlen einen wahren Sturm der Entrüstung hervorgerufen. Wir wurde stets zugerufen, wie stehen Sie zu dem „Wappergesetz“? Die Handelsverträge und die Militärverträge haben bereits wahre Wunder gewirkt. Die sämtlichen Aristokraten aus dem Centrum sind bereits verschwunden. (Abg. Singer: Brauchvolle Wirkung!) Stimmen Sie der unveränderten Beibehaltung des Gesetzes zu, das sogar konservative Leute als ein verhaßtes bezeichnen, und stimmen Sie den Handelsverträgen zu, dann werden Sie Ihr blaues Wunder erleben. (Heiterkeit.)

Abg. Gamp (Rp.): Ich halte es für unmöglich, daß die Unfallversicherung für das Handwerk nach denselben Grundsätzen durchgeführt werde, wie sie bei der Industrie angewandt sind, oder es müßten die Kosten zum Theil einer anderen Stelle auferlegt werden. Das Handwerk ist nicht im Stande, die Kosten allein aufzubringen. Bei der Revision des Unfallversicherungsgesetzes muß dafür Sorge getragen werden, daß der Besitzer des landwirtschaftlichen Betriebes, auch wenn er noch mehrere Nebengewerbe treibt, nur einer Berufsgenossenschaft zugetheilt wird. Was das Alters- und Invalidenversicherungsgesetz betrifft, so wäre es bei seiner Schaffung besser gewesen, wenn der Reichstag den Vorschlag auf Einrichtung von Ortsklassen und Einführung von Quittungsbüchern angenommen hätte. Allein die Aufbewahrung der Quittungskarten macht große Schwierigkeiten; denn Sie müssen 50 Jahre aufbewahrt werden. Auch die jährliche Umwechslung der Quittungskarten würde bei Quittungsbüchern, die zehn Jahre ausreichen, vermieden werden. Die Kontrolle, ob die Beiträge richtig gezahlt sind, würde erleichtert werden. Die Einzelkosten bei der jetzigen Gestalt des Gesetzes sind außerordentlich hoch. Um die Marken werden wir nicht herumkommen, wenn die Rente nach den Leistungen bemessen werden soll, aber ich halte es nicht für notwendig, daß die Leistungen der Rentenempfänger bis auf Einzelne ausgerechnet werden. Jedenfalls könnten diejenigen Arbeiter, die in einem dauernden Arbeitsverhältnis stehen, von der Quittungsmarke befreit werden. Auch die Arbeitgeber können entlastet werden. Durch die Einrichtung der Markenverwendung werden ganze Klassen von Arbeitern erheblich geschädigt. Die Regierung wird in eine Prüfung eintreten müssen, in welchem Umfang eine Vereinfachung des Gesetzes eintreten kann ohne Abänderung der Grundlage des Gesetzes. Bei den in Aussicht genommenen Erhebungen müssen die Interessenten gehört werden. In diesem Sinne werden wir beide Anträge annehmen. (Beifall rechts.)

Inzwischen ist ein Abänderungsantrag Michbichler eingegangen, des Inhalts, daß nicht nur Erhebungen veranstaltet werden sollten, sondern auch in eine Erörterung hierüber eingetreten werden soll.

Staatssekretär Dr. v. Bötticher: Dr. Sigl hat sich nicht genügende Kenntniß von dem Gesetze und seiner Wirksamkeit verschafft, denn sonst wäre er nicht zu der Behauptung gekommen, daß in der Landwirtschaft weder Arbeitgeber noch Arbeiter von der Versicherung Vortheil gehabt hat. Ich empfehle ihm den Bericht der Versicherungsanstalt Nieder-Bayern zum Studium, wonach dort die landwirtschaftlichen Arbeiter den Löwenantheil an den Renten hatten. Wenn er sich auch nicht zum Freunde des Gesetzes befehrt, so sollte er auf Grund dieser Thatsachen doch dahin wirken, daß die Bevölkerung seines Kreises objektiver über die Wirksamkeit des Gesetzes denkt, als dies gegenwärtig geschieht.

Darauf vertagt sich das Haus.

Vizepräsident Frhr. v. Buol schlägt vor, auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung am Montag 1 Uhr zu setzen: Rechnungsachen, kleinere Vorlagen, darunter dritte Beratung der Verordnung über den Zollzuschlag auf russische Waaren, die Novelle zum Invalidenpensions-Gesetz und die

Interpellation Werner, betreffend die Sonntagsruhe.

Abg. Hise (Chr.) beantragt, außerdem die Fortsetzung der heutigen Berathung auf die Tagesordnung zu setzen.

Abg. Schmidt (Eberfeld) beantragt, den Antrag betr. die Freifahrtkarten der Abgeordneten als ersten Gegenstand auf die Tagesordnung zu setzen.

Abg. Frhr. v. Mantouff (d.-f.) erklärt, daß es der Würde des Hauses nicht entspreche, wenn ein solcher Antrag, der im eigenen Interesse des Reichstags gestellt ist, allen anderen Anträgen vorgezogen würde.

Abg. Singer (Soz.) erklärt sich für den Vorschlag des Abg. Hise und legt Verwahrung dagegen ein, daß der Freifahrtkartenantrag pro domo gestellt sei, er liege im Interesse der Wähler, da die Abgeordneten sich über die Verhältnisse im Lande orientiren müßten.

Abg. Schmidt (Eberfeld): Herr v. Mantouff mag es mir überlassen, ob ich einen Vorschlag mache, der der Würde des Hauses entspricht oder nicht.

Der Antrag ist von Abgeordneten aller Parteien unterzeichnet. Der Würde des Hauses entsprach es nicht, als der Bundesrath den Gebrauch der Freifahrtkarten beschränkte, ohne im Mindesten einen Grund dafür anzugeben.

Abg. Dr. Wisch (ntl.) bittet, es bei der vom Präsidenten festgesetzten Tagesordnung zu lassen im Interesse der Erledigung der Novelle zum Invalidenpensionsgesetz.

Abg. Schmidt erklärt sich nun damit einverstanden, daß der Freifahrtkarten-Antrag als 6. oder 7. Punkt auf die Tagesordnung gesetzt würde.

Während der nun folgenden Abstimmung über den Antrag Hise bezieht sich Abg. v. Kardorff die Beschlußfähigkeit des Hauses. Vicepräsident Frhr. v. Buol weist diesen Zweifel als unzulässig zurück, er hätte vor der Abstimmung ausgesprochen werden müssen.

Es werden darauf sowohl der Antrag Hise und Schmidt angenommen, als auch der Antrag v. Kardorff, der die Tagesordnung der vorgeschlagenen Tagesordnung auch der Freifahrtkarten-Antrag und der heute abgebrochene Gegenstand zur Berathung kommen.

Schluß 5 1/2 Uhr.

Deutschland.

Δ Berlin, 10. Dez. [Sozialdemokratisches.]

Eine eigenthümliche Erscheinung bei Gemeindevahlen ist in neuerer Zeit das regelmäßige Zurückgehen der Sozialdemokratie. In Magdeburg haben die Sozialdemokraten schon vor einigen Wochen bei den Stadtverordneten-Ergänzungswahlen eine harte Niederlage erlitten; in Bremen ist ihnen bei den Bürgerchaftswahlen dasselbe geschehen, und jetzt sind sie auch in Halle bei Ergänzungswahlen zur Stadtverordnetenversammlung unterlegen. Die sozialdemokratische Presse pflegt solche Vorformnisse derart zu vertuschen, daß höchstens die Genossen des Wahlorts davon erfahren. Man kommt den Gründen für den Rückgang der kommunal-sozialistischen Bewegung vielleicht näher, wenn man hier einen Zusammenhang mit der enttäuschenden Behandlung der Gewerkschaftsfrage durch die parlamentarischen Führer annimmt.

Dem Bundesrath ist, wie bereits kurz gemeldet, ein Entwurf von Bestimmungen, betr. den Nachrichtenendienst in Viehseuchen-Angelegenheiten zugegangen, welcher bezweckt, diesen Dienst gleichmäßig zu regeln. Der Entwurf hat folgenden Wortlaut:

1) Die Polizeibehörde jeder Gemeinde hat jeden ersten Ausbruch von Rost der Pferde, Eiel, Maulthiere und Maultiere, Maul- und Klauenseuche des Rindviehs, der Schafe, Ziegen und Schweine, und Lungenseuche des Rindviehs sofort der Polizeibehörde aller benachbarten deutschen Gemeinden auf mündlichem oder schriftlichem Wege mitzutheilen. 2) Ist nach erfolgter Feststellung der Maul- und Klauenseuche in einem Ort der beauftragte Thierarzt zur Feststellung weiterer Infektionen von bisher noch nicht betroffenen Gebieten nicht hinzugezogen worden, so hat die Polizeibehörde demselben von jedem solchen Falle sofort Mittheilung zu machen. 3) Jeder Kreis-Thierarzt hat am letzten Tage jeden Monats für seinen Amtsbezirk auf einer Postkarte eine Mittheilung an das kaiserliche Gesundheitsamt abzugeben, aus welcher sich ergibt, in wieviel Gemeinden und Gebieten des Amtsbezirks an jenem Tage die unter Nr. 1 genannten drei Seuchen herrschten, d. h. nach den geltenden Vorschriften noch nicht für erloschen erklärt werden konnten. — In der Begründung der Vorlage wird darauf hingewiesen, daß die zur Zeit vorgeschriebenen Veröffentlichungen über Ausbruch und Erloschen von Viehseuchen in den lokalen amtlichen Organen nicht genügen. Ein schneller Ueberblick über den jeweiligen Stand der Viehseuchen läßt sich aus den zerstreuten Publikationen nicht gewinnen, was zur Folge hat, daß die für die Vollführung der Infektionen erforderlichen Maßnahmen seitens der Veterinärpolizei vielfach nicht rechtzeitig getroffen werden, und daß die Landwirthe und Händler nicht in der Lage sind, den Bezug von Vieh aus verseuchten Gebieten zu vermeiden. Auch die seit längerer Zeit vom kaiserlichen Gesundheitsamt bewirkte Herausgabe der Monatsübersichten über die Verbreitung von Viehseuchen im deutschen Reich genügt darum dem Bedürfnis nicht, weil diese Uebersichten nicht unmittelbar aus dem Armateil, sondern aus den für die einzelnen Bundesstaaten gefertigten Ausweisen zusammengestellt werden, und demzufolge erst zu einem Zeitpunkt zur Ausgabe gelangen, in welchem sie durch Veränderungen in den Seuchenverhältnissen überholt worden sind und für die Praxis an Werth erheblich verloren haben. Dieser Mangel machte sich auch in unserem Verhältnis zu den Regierungen derjenigen ausländischen Staaten geltend, die für unsere Viehseuchen in Betracht kommen, da wir zur Zeit nicht in der Lage sind, ihnen unmittelbar nach dem Ablauf einer Berichtsperiode von dem am deren Schluß festgestellten Seuchenstand Kenntniß zu geben. — Der Wunsch nach einer vervollkommenen und einheitlichen Organisation des Nachrichtendienstes ist übrigens auch vom deutschen Bundesrath in den Jahren 1890 und 1892 zum Ausdruck gebracht worden.

Die „Berl. Polit. Nachr.“ bestätigen, daß das Schlußergebnis der ministeriellen Berathungen über den preussischen Etat ein Fehlbetrag von 70 Millionen ist.

Nach § 37 der General-Synodalordnung wird der Synodalrath in jedem Jahre einmal versammelt, um mit dem evangelischen Oberkirchenrath über die Aufgabe und die Angelegenheiten der Landeskirche zu berathen, in welchen die Kirchenregierung zur Darstellung der leitenden Grundsätze den Beirath des landeskirchlichen Synodalorgans für nothwendig erachtet. Wie verlautet, wird die diesjährige Berufung des Synodalrathes binnen kurzem erfolgen.

W. B. Breslau, 10. Dez. Wie die „Bresl. Bzg.“ meldet, nahm die sächsische Provinzialsynode eine Resolution an, in welcher dieser Schmerz über die durch den Reichstag er-

folgte Annahme des Centrumsantrags auf Wiederzulassung der Jesuiten ausgedrückt wird.

Leipzig, 9. Dez. Der Landesverraths-Prozess gegen die beiden in Kiel verhafteten französischen Offiziere wird nicht öffentlich verhandelt. Die Anklageschrift umfaßt, wie man der „Bresl. Bzg.“ meldet, 80 Seiten. Es kommen viele schwere Fälle zur Verhandlung. Verteidiger ist Rechtsanwalt Bugler.

W. B. München, 10. Dez. Aus Anlaß des 25jährigen Jubiläums des Prinzen Ludwig als Ehrenpräsidenten des landwirthschaftlichen Vereins von Bayern überreichte das Generalkomitee dem Prinzen eine prächtig ausgestattete Adresse. Prinz Ludwig dankte und hob hervor, er werde weiter bestrebt sein, die Schwierigkeiten der Lage der Landwirtschaft zu helfen. Da jedoch der n. obere Landwirth die industriellen Nebenbetriebe und die kaufmännische Geschäftsführung pflegen müsse, sollten die Landwirthe die gesamte Lage der nationalen Volkswirtschaft stets beachten. Er wünsche ein weiteres Zusammenwirken des Generalkomitees mit der Staatsregierung zum Nutzen der Gesamtheit des Volkes.

Das Bombenattentat in der französischen Deputirtenkammer.

von welchem wir schon in der letzten Morgennummer Mittheilung machten, wird zweifellos den Befürwortern internationaler Vereinbarungen gegen den Anarchismus die Gelegenheit zur Wiederholung ihrer Anregung geben. In diesem Falle wäre allerdings die französische Regierung die erste und allein berufen dazu, von der entsprechende Vorschläge auszugehen hätten. Kämen solche Vorschläge aus Paris, so wäre als sicher anzunehmen, daß keine Regierung ihre Mitwirkung versagen würde. Aber der Gedanke internationaler Maßnahmen gegen den schrecklichen Anarchismus ist bisher offiziell noch nicht vertreten worden, und immer nur waren es Zeitungen, die ihre eigene Empfehlung dieser Maßnahmen in die Form von vermeintlichen Erwägungen und Vorschlägen der Kabinete kleideten. Man wird abzuwarten haben, ob es diesmal anders sein wird. Die Regierungen stehen der Frage der Bekämpfung des Anarchismus ersichtlich anders gegenüber, als es verschiedentlich in der Presse geschieht. Sie sagen sich mit zweckdienlicher Nüchternheit des Urtheils, daß das bloße Aussprechen der internationalen Gemeinschaft gegen diesen Wahnsinn überflüssig ist, weil sich die Gemeinschaft von selbst versteht, und daß sie praktisch nutzlos ist, weil jede Regierung mit ihren polizeilichen, gerichtlichen und sonstigen Machtmitteln ohnehin bis an die äußerste Grenze ihrer Pflichten und Rechte gehen wird und muß, um dem Anarchismus zu begegnen. Die gegenseitige Hilfe ist dabei derart selbstverständlich und die Mittel und Wege für diese Hilfeleistung sind schon jetzt derart geregelt, daß internationale Abmachungen nichts mehr hinzufügen könnten. Anarchistische Bombenwerfer werden nirgends als politische Verbrecher angesehen und geschützt; kein Staat also brauchte in der Verfolgung von anarchistischen Gräueltaten zu besorgen, daß die anderen Staaten nicht mit derselben Energie, die sie zur Entdeckung und Ahndung gemeiner Verbrechen aufbieten, auch die Verfolgung anarchistischer Verbrechen betreiben sollten. Ein bedenklicher Schaden aber könnte gerade aus internationalen Vereinbarungen gegen den Anarchismus insofern hervorgehen, als diese wahnsinnigen Mordbuben ihren Großmuth gefühllos und geistig fühlen würden, wenn ihnen die Ehre angethan würde, daß ganz Europa gegen sie marschirt. Die einfachste Ueberlegung muß Jedem sagen, daß das Vorhandensein auch der umfassendsten Vereinbarungen von Staat zu Staat das gestrige Pariser Attentat unmöglich hätte verhindern können. Die Behandlung der Berliner Attentate durch unsere leitenden Persönlichkeiten hat hinreichend gezeigt, daß man sich hier von internationalen Maßnahmen nicht das Geringste verspricht, und daß man sie mindestens nicht anregen will. Gegen die Unberechenbarkeit isolirter Schandthaten von Verrückten kann man unmöglich Gesetze machen. In Frankreich freilich mag die Grenze zwischen Sozialdemokratie und Anarchismus flüssiger sein als bei uns. Gewiß hat die offizielle Sozialdemokratie dort so wenig wie anderwärts mit dem Anarchismus etwas zu schaffen, aber jene Heißsporne, die als Opfer sozialistischer Tugenden die Verwirklichung neuer „Ideale“ nicht von der langsamen Entwicklung erwarten, sondern sie schon heute durchführen wollen, bilden dort für den anarchistischen Wahn eine stärkere Resonanz, als wie sie unsere harmlosen sogenannten Anarchisten darstellen.

Ueber die Vorgänge bei und nach der Explosion der Bombe wird aus Paris gemeldet:

Die Explosion erfolgte genau um 4 Uhr. Auf den Tribünen entfiel infolgedessen ein panischer Schrecken, die auf derselben anwesenden Frauen entflohen in größter Hast. Einige Zuhörer wurden verwundet, in den Wandelgängen herrschte sehr lebhaftes Erregung. Im Sitzungssaal verbreitete sich ein intensiver Rauch. Die meisten Deputirten erhoben sich von ihren Sitzen, um aus dem Saal zu fliehen. Dupuy blieb indessen ruhig auf seinem Präsidentenplatz und forderte seine Kollegen auf, ihm nachzuahmen, was viele auch thaten. — Nachdem die Ruhe einigermaßen wieder hergestellt war, erklärte der Präsident Dupuy, derartige Attentate könnten die Kammer nicht in Verwirrung bringen und er ersuche dieselbe, mit Ruhe ihre Arbeiten fortzusetzen; wenn die Tagesordnung erledigt sein wird, werde das Bureau seine Pflicht thun. (Lebhafter Beifall.) Unter einer unbeschreiblichen Bewegung wurde hierauf die Berathung wieder aufgenommen. Etwa ein Drittel der Deputirten befanden sich auf ihren Bänken. Im Sitzungssaal waren die Spuren von Eile und Hast sichtbar. Die Deputirten besaßen sofort die Schließung aller ins Freie führenden Thüren. Bruchstücke der Bombe flogen bis auf die Tribünen der zweiten Etage. Ein verwundeter Zuschauer behauptet gesehen zu haben, daß einer seiner Nachbarn etwas in den Saal warf. Die Zahl der auf den Tribünen Verwundeten dürfte etwa 20 betragen, darunter mehrere Frauen. Es wird berichtet, daß Niemand getödtet oder tödtlich verletzt sei. Die als getödtet gemeldeten Deputirten Abbe Vempyre und ein Quissier sollen nur ziemlich schwer verletzt sein. — Nach der Erledigung der Tagesordnung sprach der Konseilpräsident Castmireux der Kammer seinen Dank aus dafür, daß sie auf die

Stimme ihres Präsidenten gehört und ihre Berathungen fortgesetzt habe. Die Kammer habe ihre Pflicht gethan, die Regierung werde durch Anwendung der Gesetze die ihrige thun. (Lebhafter Beifall.) Die Sitzung wurde sodann aufgehoben. — Dem Kammer-Präsidenten Dupuy wurde in den Wandelgängen der Kammer eine sehr lebhaftes Kundgebung der Sympathie dargebracht. Deputirte, Journalisten und Neugierige brachten Hochrufe auf Dupuy aus, welcher mit Hochrufen auf die Republik antwortete. Die Verwundungen sind im Allgemeinen wenig schwer und bestehen hauptsächlich in Schrammen. — Die Zahl der Verwundeten ist noch nicht ermittelt. Dieselbe wird auf etwa 60 geschätzt; darunter sollen sich besonders viele Frauen befinden. Viele haben Finger gebrochen, einer Frau wurde die Kniegelenke zertrümmert. Die Kammerbureau sind in Lazarette umgewandelt, in denen diejenigen Deputirten, welche Verletzungen erlitten. Auch die Verwundeten dürfen die Kammer nicht verlassen, da man glaubt, der Attentäter befände sich unter denselben. Abbe Vempyre wurde durch einen Nagel am Hinterkopf verwundet, jedoch ist sein Zustand recht zufriedenstellend; Graf de Lanjuinais ist ebenfalls am Kopf verwundet, die Deputirten Dufaure, Cousin, de la Ferronnays, Dumas, Lefebvre und Leconte sind alle leicht verletzt. — Die im Kammerbureau aufgefundenen Bruchstücke der Bombe ergaben, daß diese aus einer Sardinenbüchse vom Zinkblech bestand und mit einem Rastlumpen, sowie Nägeln und Eisenstücken angefüllt gewesen ist. — Zwei Personen erklärten, sie hätten gesehen, wie die Bombe mit einer einzigen schnellen Armbewegung geworfen wurde. Eine verwundete Dame behauptet, sie würde den Urheber des Attentats wieder erkennen. Der Verdacht richtet sich gegenwärtig am meisten gegen drei als Anarchisten bekannte Individuen mit Namen Vincent, Bailant, Gallon und Collin. Der Untersuchungsrichter verbrachte die Nacht im Untersuchungsgefängnis mit dem Verhör der Gefangenen. — Auch das Verhör der Besucher der Deputirten-Sitzung wird ununterbrochen fortgesetzt, es sind deren noch 150 bis 200 zu vernehmen; dieselben sind im Hofe und im Vestibule verammelt und äußern ihre Unzufriedenheit, den Tag bewacht zu sein und sich nicht nach Hause begeben zu können. Der mit der Untersuchung betraute Richter ist bei den ununterbrochen folgenden Verhören von zahlreichen Kommissaren unterstützt. Die Vertheilung der letzten Verwundeten, deren Verletzungen sich zum Theil am Kopf befinden. — In Abtheilungen zu je 30 werden die Besucher der letzten Sitzung der Volks-Kommissionen vorgeführt, vor denen sie ihre Identität nachzuweisen haben. Von dieser Maßregel wird Niemand befreit. Die Kammerquartiere sind überfüllt, daß keine Person, welche sich im Augenblicke der Explosion in dem Palais Bourbon befunden hat, das Gebäude, ohne verhört worden zu sein, das verlassen können. — Die sozialistischen Deputirten, an ihrer Spitze Baudin und Thivrier, verließen das Palais Bourbon in Begleitung mehrerer Kammermitglieder, die ihnen mit Begeisterung zuriefen: „Seht Ihr! Dahin hat uns Euer Politik geführt!“

Der Attentäter ist am Sonntag ermittelt. Bei seiner Ergreifung nannte der Attentäter sich Marchal. Derselbe befand sich unter den Verwundeten, welche in Folge der Ueberfüllung der Gefängnis-Krankenabtheilung zur Unterbringung in dem Hotel Dieu bestimmt waren. Marchal entschloß sich, durch die Kreuz- und Querfragen des Polizei-Präsidenten in die Enge getrieben, zu einem umfassenden Geständnis. Danach ist sein wahrer Name Auguste Bailant. Er ist am 29. Dez. 1861 in Metz (Moselle) geboren und wohnte in Montmartre, wo er dem sozialistischen-revolutionären Komitee des 18. Arrondissements angehörte; er hatte an mehreren Kundgebungen seiner Partei Theil genommen und wurde von der Polizei überwacht. Vor einigen Jahren war er nach Amerika ausgewandert und hatte in Buenos Ayres gelebt. Seit seiner vor einigen Monaten erfolgten Rückkehr nach Frankreich wohnte er in Choisy le Roi und war in einer Lederwarenfabrik beschäftigt. Seine Identität ist nunmehr festgestellt. Er erklärte, daß er den Kammerpräsidenten treffen wollte, damit seine That eine größere Wirkung habe. Bailant ist am rechten Bein und an der Nase verwundet und wird im Hotel Dieu solange in Behandlung und unter Aufsicht mehrerer Polizeibeamten bleiben, bis anderweitige Anordnungen getroffen worden sind. — Durch das Verhör wurde ferner festgestellt, daß Bailant zwei Wohnungen hatte, die eine in Choisy le Roi, die andere in der Rue Daguerre; in letzterer war er unter dem Namen Marchal bekannt. Bailant hielt seine Behauptung, keine Mittheilungen bei der That gehabt zu haben, aufrecht. Er gab an, sich bei seinem Verbrechen eines kleinen eisernen Gefäßes bedient zu haben, in dem sich eine Röhre befand, welche mit der Säure gefüllt war, durch welche die Explosion herbeigeführt werden sollte. Bailant behauptete, daß sich in seiner Wohnung Rue Daguerre Explosivstoffe befanden, doch ist bei der Hausdurchsuchung nur ein solches eisernes Gefäß gefunden worden, wie dasjenige, welches er zur Herstellung der Bombe benutzte. — Von anderer Seite wird gemeldet, daß Bailant fünfmal wegen Diebstahls und anderer Vergehen bestraft worden ist. Hinsichtlich der Ausführung des Attentates erklärte Bailant, daß in dem Augenblicke, als er die Bombe habe schleudern wollen, eine vor ihm stehende Frau, auf die er sich stützte, eine Bewegung gemacht habe, wodurch die Schwerkraft seines Armes gehemmt worden sei, so daß die Bombe auf das vorspringende Gefims der Galerie niederfiel und hier sofort explodirte. Daher wurden mehrere auf dieser Galerie stehende Zuschauer und Bailant selbst verwundet. — Am Sonntag Vormittag trat der Ministerrath unter dem Vorsitz von Castmireux zusammen um über sofort zu ergreifende legislative und administrative Maßnahmen zum Schutz der bürgerlichen Gesellschaft gegen anarchistische Attentate zu berathen. Es wurde erlassen, daß Gesetz über Dynamit vom Jahre 1875 durch Einführung von Bestimmungen zu ergänzen, welche die Anwendung, den Transport, die Fabrikation und die Aufbewahrung von Sprengstoffen neu regeln. Außerdem wurde die Frage erörtert, ob man nicht den gesetzlichen Bestimmungen über die Presse einen Artikel hinzufügen solle, welcher die Vertheilung und die Aufforderung zu verbrecherischen Handlungen mit Strafe bedroht, selbst wenn die betreffende Aufforderung keine Wirkung gehabt habe. Eine endgültige Entscheidung wird erst in dem morgen im Elysee stattfindenden Ministerrath getroffen werden.

Das Bombenattentat in der französischen Deputirtenkammer erzeugt natürlich überall und nicht nur in Frankreich eine ganz unbeschreibliche Aufregung. Vor dem Kammerpalais in Paris hatte sich am Sonnabend eine ungeheure Volksmenge angesammelt, welche sich fort und fort noch vermehrte und das Ereignis besprach. Die Ermittelung des Attentäters erregte große Befriedigung.

Die Lösung der italienischen Ministerkrise

ist, wie schon gemeldet, am Sonnabend erfolgt. Francesco Crispi ist der Mann der Zukunft und hoffentlich der Retter Italiens aus seiner gegenwärtigen großen Noth. Das Kabinett Crispi ist so gut wie vollkommen fertig und zwar werden

die Portefeuilles des neuen Kabinetts voraussichtlich wie folgt vertheilt werden: Crispi, Präsidium und Inneres, Sarracco Arbeiten, Sonnino Finanzen, Senator Perazzi Schatz, Boselli Ackerbau, Maggiorini Ferraris Post und Telegraphen, Cosenza oder Ricotti Krieg, Vaccelli Unterricht, Brin oder Raccia Marine. Für das Auswärtige werden Reßman, der Herzog von Gaetani und Mordini genannt, jedoch ist noch Nichts feststehend. — Die Verhandlungen sowohl über das Finanzprogramm wie über die Personenfragen seien auf gutem Wege. — Die Meldungen über das Programm des neuen Kabinetts werden sämtlich als durchaus verfrüht und blasse Kombinationen bezeichnet. Crispi hatte noch Besprechungen mit zahlreichen Persönlichkeiten, darunter Nicotera und Cavallotti. Die Blättermeldungen, wonach Crispi den italienischen Botschafter in Paris, Reßman, nach Rom berufen habe, sind unbegründet.

Vokales.

Posen, 11. Dezember.

p. Ein Vubenstück infamster Art ist über Nacht im Atelier des akademischen Malers und Photographen Herrn Janowski in der Wilhelmstraße verübt worden. Als Herr J. heute Morgen sein Atelier betrat, fand er es theils ausgeräumt, theils demolirt; nur einen Vergrößerungsapparat und mehrere bereits zusammengepackte Sachen waren zurückgeblieben. Sogar die an den Fenstern befindlichen Gardinen hatten die Einbrecher heruntergerissen. Letztere mußten nach den vorgefundenen Spuren durch den nahen Reichsbankgarten gekommen sein, wo heute Morgen eine Anzahl sehr werthvoller Objekte zertrümmert aufgefunden wurden. Der sehr erhebliche Verlust, den Herr Janowski erlitten hat, trifft ihn um so schwerer, als er früher bereits ein Vermögen von 12000 M. verloren hat. Die Zahl der Einbrecher, welche anstehend bei ihrer Arbeit gefürchtet worden sind, schätzt man auf 3 oder 4, da es sonst unmöglich gewesen wäre, die schweren Apparate über die hohen Zäune fortzuschaffen. Man vermutet, daß das Ganze ein lange vorbereiteter Raubact ist.

p. Das Weihnachtsgeschäft scheint in diesem Jahre recht flott zu verlaufen. Es ist jedoch bezeichnend, daß an dem gestrigen Nachmittag, der bekanntlich bis 6 Uhr Abends für den Geschäftverkehr freigegeben war, nach übereinstimmenden Berichten der betheiligten das Geschäft überall sehr flau war. Es beweist dies recht, wie sehr sich die Sonntagsruhe bereits eingelebt hat, eine Thatsache, mit der man jetzt in den Kreisen der Gewerbetreibenden, wie uns von mehreren Seiten berichtet wird, keineswegs unzufrieden ist. Selbst in Cigarrengeschäften soll der Verkehr am gestrigen Nachmittag sehr gering gewesen sein.

p. Mit Messerfischen schwer verletzt wurden am Sonnabend Abend auf der Schloßstraße und auf Barlebenshof je ein Mann, beunruhigt an der Erde liegend, aufgefunden. Die Polizei schaffte die beiden Verwundeten nach dem städtischen Krankenhaus, wo sie das Bewußtsein wieder erlangten. Ueber die Thäter vermochten sie keine Auskunft zu geben.

p. Fuhrerfall. Auf der Schmuckmacherstraße geriet am Sonnabend ein hoch mit Eichorlenfässern beladener Kollwagen in den tiefen Rinnstein, wobei die Deichsel derartig in die Höhe schnellte, daß die Pferde Gefahr liefen, erhängt zu werden. Nur mit Mühe gelang es, die heftig um sich schlagenden Thiere aus ihrer gefährlichen Lage zu befreien. Ein großer Theil der Eichorlenfässer war auf die Straße gestürzt.

* Schulchronik. Regierungsbezirk Posen. Evangelische Schulen. Definitiv angestellt: die Lehrer Reek aus Klein vom 16. November ab in Feuerstein; Kowald in Kurzig; unter Vorbehalt des Widerrufs die Lehrer Mühlert aus Schulzen vom 1. Dezember ab in Alt-Obra-Hausland; Drangellates vom 16. November ab in Granowice. Katholische Schulen. Definitiv angestellt: die Lehrer Drecher aus Klon vom 20. November ab in Kobylin; v. Rejzyl aus Santomischel in Trzastotowo; Gelsler aus Samter in Schuffen; Brendt aus Pietrowa in Bielezn vom 1. Dezember ab; Mohr in Samter; Hausner in Bielezn; unter Vorbehalt des Widerrufs die Lehrer Daumann aus Kobylin vom 16. November ab in Protschitz; Melzer aus Guld in Grundorf; Welsenherz in Emchen; Nowakowski aus Janowka in Telschnow; Wolf aus Oberahr, Reg.-Bez. Cassel, in Olschod; Grodzki aus Głogow in Sulcin-Hausland vom 1. Dezember ab; Nadolski aus Gr. Strzelce vom 1. Januar 1894 ab in Bissa. Privatunterricht. Dem Fräulein Luise Döckhorn in Wilba ist zur Errichtung und Leitung einer höheren Privat-Mädchenschule daselbst die widerrufliche Erlaubnis erteilt worden. Schulaufsicht: 1. Uebertragen: Dem Pastor Janke in Reibitz die Drischulaufsicht über die ev. Schulen zu Kirchen-Dombrowa und Briesen, Kreis Obornik. 2. Beurteilung: Kreisinspektor, Pastor Günther in Punkt vom 21. November d. J. bis 1. Februar 1894; Vertreter Pastor Krogel in Walske. Regierungsbezirk Bromberg. Evangelische Schulen. Entlassen auf Antrag: Die Lehrer Schröder zu Friedrichsdorf, Kreis Schubin; Zinke zu Gr. Kottien, Kreis Schlehe, zum 1. Dezember. Einstweilig und widerruflich angestellt: die Lehrer: Hildebrandt aus Dembogora, Kreis Schubin, in Rynarschewo, Kreis Schubin; Schulz aus Rynarschewo in Dembogora, Kreis Schubin, vom 1. Januar 1894. Mit der Vertretung beauftragt: Der Schulaufsichtsstand Otto Kurzman aus Hansdorf, Kreis Schubin, vom 1. Dezember ab in Rania, Kreis Schubin. Schulaufsicht: Dem Barrer Seifert in Margonin ist die örtliche Schulaufsicht über die evangelischen Schulen zu Bpin, Althode, Bpin-Hausland, Margonin und Syniewo übertragen worden. Privat-Unterrichtswesen: Die Erlaubnis als Erzieherin und Hauslehrerin zu wirken ist erteilt worden dem Fräulein: Fanny Andt aus Brinzenthal; Margarete Vollbracht zu Mariensee; Hedwig Bronesky aus Marienburg; die Erlaubnis als Hauslehrer zu wirken dem Kandidaten Julius Scheringer zu Gr. Morin. Katholische Schulen. Entlassen auf Antrag: Der Lehrer Jagisch aus Poplenno, Kreis Wągrowitz, zum 1. Januar 1894. Endgültig angestellt die Lehrer: Rosenau aus Giesławice, Kreis Wągrowitz, in Kolwar, Kreis Witkowo, vom 1. Dezember; Wenz aus Polondowo, Kreis Bromberg, in Trichin, Kreis Bromberg; Majewski aus Boycin, Kreis Strelino, in Broniewice, Kreis Mogilno, vom 1. Januar 1894. Schulaufsicht: Dem Kreisinspektor, Schulrath Winkowski zu Inowrazlaw ist die örtliche Aufsicht über die neugegründete katholische Schule zu Kambino übertragen worden. Privat-Unterrichtswesen: Die Erlaubnis als Erzieherin und Hauslehrerin zu wirken ist erteilt worden dem Fräulein Wignia v. Salzewska aus Gornitau. Katholische Schulen. Einstweilig und widerruflich angestellt: Der Lehrer Mies aus Buczkowo in Trzemontowo, Kreis Bromberg, vom 1. Dezember.

p. Aus dem Polizeibericht. Verhaftet wurden am

Sonnabend 19 Bettler, ein Landknecht, zwei Obdachlose, ein Schlosser wegen nächtlicher Ruhestörung auf der Wallstraße, ein Tischlergeselle, welcher sich auf der Wallstraße mit einem Arbeiter prügelt und eine sinnlos betrunkenen Frauensperson, die auf der Halbborsstraße lag. — Zwangsweise aufgeeeft wurde ein Rinnstein vor dem Berliner Thor. — Eine Fensterscheibe wurde in der vorletzten Nacht auf der Bergstraße von muthwilliger Hand zertrümmert. Der Thäter ist leider entkommen.

Telegraphische Nachrichten.

Bremen, 9. Dez. Wie „Bösmanns Telegr. Bureau“ erfährt, hat der Norddeutsche Lloyd seine Frachttarife nach Newyork und Baltimore für die Postdampfer und die Rolanddampfer revidirt und dahin vereinfacht, daß für die Folge die gleichen ermäßigten Frachtsätze sowohl für die Postdampfer wie für die Rolanddampfer in Anwendung kommen werden. Den Verladern wird damit wöchentlich Gelegenheit zur Verladung mit den Post- und Rolanddampfern zu ermäßigten Frachtsätzen nach Newyork und Baltimore geboten. Der neue Tarif tritt am 15. d. M. in Kraft.

Wien, 9. Dez. Heute Vormittag fand die feierliche Vereidigung des Bürgermeisters Briz durch den Statthalter Baron v. Kellmannsegg statt. Der Statthalter versicherte hierbei dem Gemeinderath seiner kräftigen Förderung und Unterstützung, indem er darauf hinwies, daß der gewünschte Erfolg der Thätigkeit des Gemeinderathes um so sicherer eintreten würde, je mehr der Geist der Mäßigkeit herrsche und eine leidenschaftliche Erörterung der obliegenden Fragen Platz greife. Der Bürgermeister dankte in seiner Erwiderung dem Statthalter für die zugesagte Förderung und betonte, daß in der Gemeindeverwaltung der persönliche Kampf trotz der Verschiedenheit der Meinungen ausgeschlossen sein solle; er sei gewillt die Gegensätze nach Kräften zu mildern. Der Bürgermeister schloß mit einem begeisterten aufgenommenen Hoch auf den Kaiser.

Rom, 10. Dez. Der Deputirte Cavallotti übersandte dem Präsidenten der Deputirtenkammer eine Interpellation an den Ministerpräsidenten über die Vortheile des Dreibundes für die Unabhängigkeit und die Ehre Italiens, im Vergleich mit dem durch den Dreibund verursachten Schaden, ferner über den Zwischenfall Paratieri vom Standpunkte der nationalen Würde und endlich über die verfassungsmäßigen Rechte des Parlaments gegenüber der Krone.

Palermo, 10. Dez. Nach hier aus Partinico eingetroffenen Meldungen haben dort ernste Ruhestörungen stattgefunden. Die Mitglieder des Arbeiterbundes veranstalteten eine Demonstration gegen die Behörde und überfielen das Stadthaus. Der Syndaco hat seine Entlassung genommen. Es sind Truppen nach Partinico entsendet worden.

Paris, 9. Dez. Der heute abgehaltene Ministerrath beschloß, sich gegen den Antrag Bazily zu erklären, nach welchem eine Untersuchungskommission betreffs des Ausstandes in den Departements Nord und Pas de Calais eingesetzt werden soll.

Brüssel, 9. Dez. Die Vorstellung von Ibsens Schauspiel „Der Volksfeind“ in dem Théâtre du Parc wurde durch Anarchisten gestört, welche unter Zwischenrufen, von den oberen Plätzen Brochüren herabwarfen.

Madrid, 10. Dez. Wie aus Melilla gemeldet wird, herrscht daselbst vollständige Ruhe. Der Bau des Forts wird fortgesetzt. Mehrere Offiziere und Unteroffiziere wurden nach Spanien zurückgeschickt.

London, 9. Dez. [Unterhaus.] Der Parlamentssekretär des indischen Amtes George Russell erklärte, die Forderung einer ostindischen Anleihe im Betrage von 10 Millionen sei köthig geworden, weil, infolge der Schließung der indischen Münzen, der Verlauf der indischen Regierungstratten durch unvermeidliche Störung des Handels so zurückgegangen sei, daß ein Verlust von 5 1/2 Millionen entstand. Die Regierung habe schon auf Grund der noch vorhandenen Anleihermächtigung 5 600 000 Pfund ausgeben und daher nur noch die Berechtigung zur Aufnahme einer Anleihe von 1 800 000 Pfund, weshalb sie eine neue Ermächtigung nachsuchen müsse, da bis zum April 1894, falls der Trattenverkauf gering ausfalle, 5 Millionen und falls gar keine Tratten verkauft werden sollten, 6 Millionen gebraucht würden. Der Rest von 4 Millionen Pfund solle als Reservefonds für mögliche Eventualitäten dienen. Im Laufe der Debatte erklärte der Schatzkanzler Harcourt, es handle sich nicht um eine Anleihe zur Deckung von Ausgaben Indiens, denn in indischen Staatskassen seien jetzt sechs Millionen Pfund zur Bestreitung der Verpflichtungen disponibel, aber eine direkte Uebermittlung dieser Gelder aus Indien sei keine vortheilhafte Operation. — Die Schuld wurde von der Opposition als beispiellos kritisiert, die erste Lesung aber schließlich angenommen.

London, 9. Dez. Der „Times“ wird aus Rio de Janeiro vom 5. d. M. gemeldet, Peigoto habe dem Admiral Gonzalves den Abschied erteilt. Der Admiral Gama habe ein Manifest erlassen, in welchem er denjenigen Lob spendet, welche tapfer für die Befreiung des Vaterlandes von dem Militärdespotismus, der Unterjochung und der Anarchie sowie für die Wiederherstellung der am 15. November 1889 durch eine militärische Verschwörung gestürzten Regierung kämpften. Das Volk werde über die Form der zukünftigen Regierung befragt werden.

London, 10. Dez. In Folge des Dynamit-Attentats in der französischen Deputirtenkammer sind aus Anlaß des heute auf dem Trafalgar-Square geplanten Anarchisten-Meetings die weitgehendsten Vorsichtsmaßregeln getroffen worden. Auf dem Trafalgar-Square und in der Umgebung desselben waren zahlreiche Polizeimannschaften aufgestellt. Eine große Menschenmenge hatte sich angesammelt; dieselbe verhöhte jedoch den Anarchistenführer Nichols, als derselbe zu sprechen versuchte. Nichols mußte schließlich die Flucht ergreifen und wurde von Hunderten von Menschen verfolgt. Die Polizei konnte ihn nur mit Mühe vor Mißhandlungen schützen. Endlich gelang es ihr, die Menschenmenge zu zerstreuen, ohne daß es zu ernstern Zusammenstößen gekommen wäre.

London, 10. Dez. Wie das „Reutersche Bureau“ aus Buenos-Ayres vom 9. d. M. meldet, verfügte die Regierung eine Amnestie für alle Emigranten und politischen Gefangenen mit Ausnahme derjenigen, gegen welche eine Anklage beim Bundesgerichtshof schwebt.

Kopenhagen, 9. Dez. Die Galeasse „Heinrich“ von Stralsund mit einer Ladung von 90 Tonnen Roggen kommend, ist eine halbe Meile südlich von Hylkeog (Südküste von Seeland) ge-

junken. Die Besatzung konnte sich im letzten Augenblick noch retten.

Stockholm, 9. Dez. Längs der ganzen skandinavischen Küste bis nach Bergen herrichte nach hier eingegangenen Meldungen gestern am Tage und Nachts ein orkanartiger Sturm mit Regen. Es werden viele Strandungen gemeldet. Die Barke „Sirius“ aus Drammen, die holländische Barke „Twee Gebrüder“ und der finnländische Schooner „Wladimir“ sind gescheitert. 9 Mann sind ums Leben gekommen.

Antwerpen, 10. Dez. Eine große Feuersbrunst zerstörte in der Nacht vollständig den „Nafion hanseatique“ genannten Kornspeicher, dessen Baufläche eine Fläche von 81,000 Quadratmeter einnehmen. Die Schiffe in den benachbarten Bassins konnten sich rechtzeitig zurückziehen und haben keinen Schaden erlitten. Der Werth des vernichteten Getreides beträgt etwa 3 1/2 Millionen, der Verlust an Baulichkeiten 2 Millionen. Zur Ermittlung der Entstehungsurache ist eine Untersuchung eingeleitet, da man vorläufige Brandstiftung vermutet.

Konstantinopel, 9. Dez. Vom 3. bis 7. d. Mts. erkrankten in Konstantinopel an Cholera 186 Personen, es starben 79 Personen. In Pera kamen nur einige sporadische Fälle vor.

Sutafek, 9. Dez. Der Senat begann die Beratung der Adresse an den König. Die Adresse betont das glückliche Ereigniß der Geburt eines Prinzen und hebt die günstigen Umstände bezüglich der äußeren Politik und der Finanzen hervor.

Landwirthschaftliches.

Washington, 9. Dez. Dem Bericht des landwirthschaftlichen Bureaus zufolge beträgt der diesjährige Durchschnittspreis für Baumwolle auf den Plantationen 6 1/2 Cents pro Pfund gegen 8 1/2 Cents im Jahre 1892. Der Durchschnittspreis für Weizen 52 1/2 Cents pro Scheffel, für Gerste 40 1/2 Cents pro Scheffel, für Hafer 28 1/2 Cents pro Scheffel, für Tabak 7 1/2 Cents pro Pfund. Der Durchschnittspreis des Winterweizens ist 91 1/2 Cents.

Handel und Verkehr.

London, 9. Dez. [Wollauktion.] Preise unverändert bei lebhafter Betheiligung.

Leipzig, 8. Dez. [Wollbericht.] Rammzug-Terminhandel. La Plata. Grundmuster B. per Dezember 3,42 1/2 M., Januar 3,45 M., p. Februar 3,47 1/2 M., per März 3,50 M., per April 3,55 1/2 M., p. Mai 3,55 M., per Juni 3,60 M., p. Juli 3,62 1/2 M., p. August 3,65 M., p. Sept. 3,65 M., p. Okt. 3,65 M., p. November 3,65 M. — Umlag — Kilogr.

Marktberichte.

Bromberg, 9. Dez. (Amtlicher Bericht der Handelskammer.) Weizen 120—126 M., geringe Qualität 125—129 M. — Roggen 112—118 M., geringe Qualität 108—111 M. Gerste nach Qualität 122—132 M. — Braugerste 133—140 M. Erbsen, Futter- 135—145 M., Kocherbsen 155—165 M., Hafer 15—160 M.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Dezember 1893.

Datum	Barometer auf 0 Gr. reduct. in mm; 66 m Seehöhe	Wind	Wetter	Temp. i. Cel. i. Grad
9. Nachm. 2	749,5	Windstille	zieml. better	- 1,0
9. Abends 9	749,0	Windstille	wolkig	- 1,1
10. Morgs. 7	752,3	SSW leicht	bedeckt	+ 1,0
10. Nachm. 2	753,9	SSW leicht	bedeckt	+ 1,8
10. Abends 9	755,5	Windstille	trübe	+ 0,1
11. Morgs. 7	755,6	Windstille	bedeckt	- 1,0
Am 9. Dez.			Wärme-Maximum — 0,0° Cel.	
Am 9. „			Wärme-Minimum — 7,9° „	
Am 10. „			Wärme-Maximum + 1,9° „	
Am 10. „			Wärme-Minimum — 1,7° „	

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 9. Dez. Mittags 1 1/8 Meter Grundels
„ 10. „ Morgens 0,88
„ 11. „ Morgens 0,88

Fonds- und Producten-Börsenberichte.

Fonds-Berichte.

* Berlin, 9. Dez. [Zur Börse.] Die „Nat.-Ztg.“ berichtet: Die Börse unterlag heute öfteren Schwankungen, und wenn auch während der größeren Zeittheile Festigkeit vorherrschte, so kann der Grundton der Tendenz doch nicht ohne Weiteres als fest bezeichnet werden. Vielfach fanden Realisirungen statt, am meisten auf dem Montanmarkt unter Eingreifen der Kontreminne. So wurden Laura-Altkien, die nach schwachem Beginn circa 1 Prozent gestiegen waren, schließlich auf Gerüchte von einem weniger befriedigenden Weiterverkauf der deutsch-russischen Zollverhandlungen wieder erheblich abgegeben, was auch auf die Course von Bochumern, Dortmundern zurückwirkte. Von Kohlenaktien lagen Siberia matt auf die erneut umlaufende Version, daß nur eine bescheidene Dividende pro 1893 vertheilt würde, und auch Harpener gaben nach; dann folgte aber, gerade von diesen ausgehend, allgemeine Festigkeit. Ausgesprochen fest waren dagegen von Beginn an Mexikaner, die in Posen von der Spekulation zurückgekauft wurden. Die gestern in London verbreiteten Gerüchte, daß die Verhandlungen wegen der neuen Anleihe gestört seien, wurden vom dortigen mexikanischen Finanzagenten bündig widerlegt. Ferner waren am Rentenmarkt auch Italiener recht fest auf Crispis Hervortreten in der Politik; außerdem türkische Loose, während russische Werthe etwas nachgaben. Bankaktien schloßen durchweg fest. am Bahnenmarkt waren deutsche und österreichische Titres still, schweizerische auf günstige Dividenden-Taxen steigend; Prince Genri auf Brüsseler Abgaben flau und italienische Bahnen befestigt. Die Nachbörse blieb fest.

Breslau, 9. Dez. (Schlußkurse.)

Neue Pros. Reichsanleihe 85,50, 3 1/2 Proz. L.-Pfundbr. 97,15, Konfol. Türken 22,50, Türkl. Loose 87,00, 4proz. unq. Goldrente 94,80, Bresl. Diskontobank 96,50, Breslauer Wechselbank 94,50, Kreditaktien 207,20, Schlef. Bankverein 113,65, Domnersmarchütte 94,00, Hüttenbau 128,00, Oberschlef. Eisenbahn 48,65, Oberschlef. Portland-Zement 83,00, Schlef. Zement 133,00, Oppeln-Zement —, Kramka 126,50, Schlef. Zement 132,00, Laura-Hütte 108,40, Verein Delfabr. 87,25, Oesterreich. Banknoten 163,20, Russ. Banknoten 216,95, Oesterreich. Zement 87,00, 4proz. Ungarische Kronenanleihe 90,75, Breslauer elektrische Straßenbahn 118,25.

Frankfurt a. M., 9. Dez. (Effekten-Sozietät.)

Oesterreich. Kreditaktien 280 1/2, Franzosen —, Lombarden 90 1/2, Ungar. Goldrente —, Gotthardbahn 151,20, Diskonto-Kommandit 172,70, Dresdner Bank 32,20, Berliner Handels-Gesellschaft

